

Vorlage Nr. XI 3/2026		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)

A Problem

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 15/2025) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

B Lösung

Sachstand „Entwicklung Einsatzzahlen und Umsetzung Gutachten“

Im zurückliegenden Berichtszeitraum konnten acht Beschäftigte für vakante Stellen in der Notfalldispositionen eingestellt werden und eine Einstellung für eine vakante Stellen in der Krankentransportkoordination erfolgen. Die notwendigen Qualifizierungen werden noch mehrere Monate in Anspruch nehmen.

Die Kompensationsmaßnahmen „Vertretungen aus dem Brandschutzdienst“ und „Anordnung von Mehrarbeit für das vorhandene Leitstellenpersonal“ müssen zunächst weitergeführt werden, um die Funktionsfähigkeit der IRLS zu gewährleisten.

Sachstand „Projekt Telenotfallmedizin/Telenotarzt“

Kein neuer Sachstand zur Vorlage XI 15/2025

Sachstand „Projekt A-KTW“

Kein neuer Sachstand zur Vorlage XI 15/2025.

Sachstand „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik – neues Kommunikations-Management-System (KMS)“

Das Projekt „neues Kommunikations-Management-System (KMS)“ sowie die damit verbundenen baulichen Maßnahmen wurden planmäßig abgeschlossen.

Sachstand „Standardisierte Notrufabfrage (SNA)“

Das angedrohte Verfahren vor der Vergabekammer eines der am Teilnehmerwettbewerb teilgenommenen Unternehmen konnte abgewiesen werden. Nach Ablauf der Frist zur Angebotslegung lag ein Angebot von einem Unternehmen vor. Hierzu fand am 02.02.2026 ein Bietergespräch statt. Der Bieter ist zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage beauftragt, einzelne Punkte in seinem Angebot nachzuarbeiten.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die finanziellen Auswirkungen der gutachterlichen Personalbemessung sind im laufenden Haushalt und im Wirtschaftsplan des Wirtschaftsbetriebes hinterlegt.

Mit dem Wechsel von einer derzeit in der IRLS genutzten „Strukturierten Notrufabfrage“ zu einer „Standardisierten Notrufabfrage“ ergeben sich finanzielle Auswirkungen. Konkrete Aussagen können noch nicht getroffen werden. Die Kosten werden über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern sowie anteilig von den drei Gebietskörperschaften getragen.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besondere Belange von Kindern- und Jugendlichen, von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa

Stadtrat